

Wörlitzer Erklärung 2005

Weg vom Öl. Auf dem Weg ins postfossile Zeitalter

Fraktionsbeschluss vom 14. Januar 2005

I. Weg vom Öl...

Wir leben im Zeitalter des Erdöls. Ob Verkehr, Chemie, Pharmazie oder Energie - ohne Erdöl geht so gut wie gar nichts. Und die Nachfrage weltweit wächst. Die verfügbaren Ressourcen werden dagegen immer weniger.

Wir hängen am Tropf. Mit fatalen Folgen: immense volkswirtschaftliche Kosten weltweit, Armut in den Entwicklungsländern, Mangel an innovativen Investitionen in den Industriestaaten, ökologische Folgeschäden der Förderung, des Transportes und der Verbrennung fossiler Energieträger bis hin zum globalen Klimawandel. Hinzu kommen außen- und sicherheitspolitische Risiken. Alles in allem übersteigen die tatsächlichen Kosten der Abhängigkeit vom Öl die reinen Ölrechnungen um ein Vielfaches.

Das wollen wir ändern. Mit umfassender Effizienzsteigerung und Energiesparen - also weniger Verbrauch und modernster Kraft-Wärme-Kopplungstechnik - einerseits und dem Ersatz fossiler Ressourcen durch erneuerbare Energiequellen und nachwachsende Rohstoffe andererseits. Die Kapazitäten sind da: Deutschland hat in diesem Bereich bereits eine wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Spitzenposition. Diese wollen wir ausbauen und so einen Wachstumsmarkt besetzen, der für die gesamte Weltwirtschaft schon bald eine herausragende strategische Schlüsselrolle einnehmen wird. Die dafür notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen und technischen Entwicklungen sind erreichbar, wenn wir die Schwerpunkte schon heute richtig setzen.

Unser langfristiges Ziel ist es, die gesamte Rohstoffbasis umzustellen auf eine nachhaltige, dezentrale Versorgung mit regenerativen Energien und nachwachsenden Rohstoffen. Auf absehbare Zeit werden wir jedoch noch mit einem Sockel an fossilen Energie und Rohstoffträgern leben müssen. Allerdings mit den besten Wirkungsgraden, die technisch möglich sind. Eine Renaissance von einheimischer Kohle oder Atomkraft, wie es die deutschen Energiekonzerne und ihre Lobby in Verbänden und Politik propagieren, führen aus der Sackgasse aber nicht hinaus. Die Sicherheitsrisiken und Klimaprobleme sind zu groß und nicht vertretbar.

„Auf dem Weg ins postfossile Zeitalter“, das ist ein zentraler Bestandteil der grünen Innovations- und Nachhaltigkeitsstrategie. Wir Grünen stehen dafür ein, dass Deutschland hier einen strategischen Schwerpunkt seiner nationalen und internationalen Politik setzt: „Weg vom Öl“ für eine bessere Umwelt, für mehr Sicherheit, für Wirtschaft, Arbeit und Landwirtschaft. Dafür ist eine Doppelstrategie nötig aus umfassender Effizienzverbesserung einerseits und dem Ersatz fossiler Ressourcen durch erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe andererseits.

... hin zu nachwachsenden Rohstoffen

„Grüne wollen Stroh-Strumpfhosen.“ Was für deutsche Boulevard-Zeitungen (BILD vom 5.1.05) wie eine Drohung klingt, ist tatsächlich zarte Zukunftsmusik: Das Potenzial nachwachsender Rohstoffe ist immens – und nicht erschlossen. Grundsätzlich können nachwachsende Rohstoffe Erdöl in allen Wirtschaftsbe-

reichen, in der stofflichen Nutzung, bei Kraftstoffen wie auch in der Strom- und Wärmeerzeugung, ersetzen. Vieles findet heute schon Anwendung: Holz als Baumaterial, Pflanzenöle als Treib- und Schmierstoffe, Grundstoffe für Waschmittel und Enzyme aus der Natur, Lacke aus Harz, Textilien aus Naturfasern, Stroh als Dämmstoff usw. Das alles ist erheblich ausbaubar und durch das gezielte Zusammenwirken von modernster Technologie und altem Wissen zu optimieren, insbesondere, wenn künftig die ganze Pflanze genutzt und auf eine Nutzungskaskade – erst stoffliche Nutzung, dann energetische Nutzung – gesetzt wird. So kann z.B. der Kunststoffanteil eines Autos aus 650 kg Stroh anstatt aus 260 l Erdöl produziert werden. Das Polyamid Nylon wurde ursprünglich auch aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnen.

Chemische, pharmazeutische und Kunststoff produzierende Industrie können so langfristig vom Erdöl unabhängig werden. Wenn es gelingt, beim Primärenergieverbrauch weltweit alle Einsparpotenziale zu nutzen, so kann auch in diesem Bereich mittelfristig der gesamte Bedarf durch Erneuerbare Energien gedeckt werden. Die Natur wird dabei nicht überbeansprucht, sondern nur in dem Maße genutzt werden, wie sie Rohstoffe nachliefert. Die Verwertung nachwachsender Rohstoffe erlaubt zudem den Einstieg in eine Kreislaufwirtschaft und damit die Entwicklung nachhaltiger Wirtschaftsformen. Durch den Ersatz von Erdöl durch nachwachsende Rohstoffe in allen Bereichen unseres Lebens lassen sich viele ökologische, ökonomische und gesellschaftliche Probleme leichter lösen.

II. Weg vom Öl...

... eine ökologische Notwendigkeit

Die ökologischen Schäden durch Förderung, Transport und Verbrennung von Erdöl sind gravierend. Besonders groß sind die Wirkungen der Verbrennung auf unser Klima. Die Hälfte aller CO₂-Emissionen aus OECD-Ländern in den 90er Jahren stammt aus dem Verbrauch von Mineralölprodukten; die größte Ursache des globalen Klimawandels.

Der menschlich verursachte Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Weltweit zunehmende Fluten, Dürren und Stürme zeigen: Der Wandel ist bereits heute spürbar. Die ökonomischen Auswirkungen, etwa durch vermehrte Naturkatastrophen, schätzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung für Deutschland auf bis zu 137 Milliarden € allein im Jahr 2050.

Tankerhavarien bedrohen die Meere. Für den Bau von Förder- und Transportanlagen werden weltweit wertvolle (Ur-)Wälder gerodet und ökologisch hochsensible Küstenregionen in Industriegebiete verwandelt. Die Erschließung neuer Ölquellen verstärkt die ökologischen Schäden, weil sie nur mit umweltschädlicheren Verfahren und höherem Ressourcenverbrauch angezapft werden können.

... eine ökonomische Notwendigkeit

Die Entwicklung der Öl- und Rohstoffpreise ist eine der großen Sorgen nachhaltiger Wirtschaftspolitik. Die Ursachen liegen zum einen im dynamischen Wachstum in einigen bedeutenden Schwellenländern, insbesondere China. Zum anderen haben es die Industrieländer versäumt, das Potenzial rentabler Material- und Energieeinsparungen auszuschöpfen.

Grund ist die einseitige Fokussierung der öffentlichen Debatte auf die – häufig notwendige – Reduzierung von Personalkosten.

Obwohl die Wirtschaft den Einsatz von Material kontinuierlich optimiert - der Materialeinsatz pro Euro Bruttosozialprodukt sank zwischen 1960 und 1990 inflationsbereinigt um 42 Prozent - bestehen hier zusätzliche Potentiale. Unternehmensberatungen oder Beratungsinstitutionen wie die Effizienzagentur Nordrhein-Westfalen berichten von kurzfristig rentablen Potenzialen zur Materialeinsparung in der gewerblichen Wirtschaft von bis zu 20 Prozent der Materialkosten.

Wir Grünen setzen uns daher für eine Strategie ein, die die Verminderung des Energie- und Ressourcenverbrauchs mit dem Ersatz des Erdöls durch nachwachsende Rohstoffe verknüpft. Dabei gilt: Je effizienter wir die Ressourcen nutzen, desto größer wird der Anteil nachwachsender Rohstoffe und Erneuerbarer Energien am verbleibenden Energie- und Materialbedarf.

Der Rohölpreis schwankt bei insgesamt steigender Tendenz und erreicht heute zeitweise das Fünffache von 1999. 2004 hat Deutschland insgesamt rund 25 Milliarden € für seine Rohölimporte ins Ausland überwiesen. Obwohl die Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft vom Öl in den letzten Jahren bereits deutlich reduziert werden konnte, sind steigende Rohölpreise ein Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung

und Beschäftigung. Die Umstellung der Rohstoffbasis auf nachwachsende Rohstoffe hingegen hat das Potenzial, Hunderttausende neuer Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen. So werden die ländlichen Räume vom Anbau nachwachsender Rohstoffe profitieren; Land- und Forstwirte können als Energiewirte und Rohstofflieferanten neue Einkommen erwirtschaften; mit innovativen Verfahren können neue Marktchancen für den Maschinen- und Anlagenbau entwickelt werden, auch für den Export.

... eine friedens- und entwicklungspolitische Notwendigkeit

Arme Länder leiden in besonderem Maß unter der Abhängigkeit vom Öl. Ohnehin durch hohe Verschuldung, mangelnden Zugang zum internationalen Kapitalmarkt und geringes Einkommen gekennzeichnet, wirkt der stark schwankende Ölpreis dort als wirtschaftlicher Schock und verhindert eine nachhaltige Entwicklung. Insgesamt haben die aktuellen Preiserhöhungen den Entwicklungsländern mehr finanzielle Einbußen gebracht als die gesamte Entwicklungshilfe der Welt zusammen leistet. Auch dort, wo Erdöl exportiert oder neue Vorkommen entdeckt worden sind, verbessert sich die wirtschaftliche Lage großer Teile der Bevölkerung nicht. Gerade in den letzten Jahren erleben wir neue Erdölfunde und Exploration in Staaten mit schwachen Institutionen, die innenpolitisch fragil sind und durch schwere Menschenrechtsverletzungen auffallen.

Erdölförderung findet überwiegend in politisch instabilen Ländern statt. Daraus ergeben sich erhebliche sicherheits- und geopolitische Probleme. Neben lokalen Konflikten oder gar Bürgerkriegen, wie in einigen afrikanischen Ländern, gewinnen im Kontext der Rohstoffausbeutung regionale Instabilitäten an Bedeutung wie in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in der Region des kaspischen Meers und des Kaukasus. Die umgebenden mittleren Mächte wie die Türkei und der Iran, aber auch die USA und Russland haben großes Interesse an dieser Region entwickelt – nicht zuletzt wegen der großen Erdöl- und Erdgasvorkommen im Kaspischen Becken. Nutzung, Kontrolle und der damit verbundene Pipelinebau bergen ein hohes Konfliktpotenzial. Es drohen zukünftig Kriege um Öl- und Rohstoffreserven.

In den USA ist weitgehend unumstritten, dass die Energie- und Rohstoffversorgung auch militärisch abgesichert werden muss. In Europa wird darüber differenzierter diskutiert - noch. Doch auch hier spielen in der Debatte neben den negativen ökologischen und wirtschaftspolitischen Folgen der Ölabhängigkeit zunehmend auch sicherheitspolitische Probleme eine Rolle.

... aber nicht zurück zu Atom und Kohle

Unter geopolitischen Aspekten mag die Kohle manchem als Alternative zum Öl erscheinen: Die Vorkommen beschränken sich nicht auf Krisenregionen und verteilen sich auf deutlich mehr Förderländer. Doch Wirkungsgrade der Kraftwerke von um die 40 Prozent sind miserabel – von den klimapolitischen und ökologischen Folgen sowie den Arbeitsbedingungen und –gefahren unter Tage ganz zu schweigen.

Und auch Versorgungssicherheit kann die Kohle nicht wirklich bieten, Energieimporte bleiben notwendig. Nirgendwo in der Welt sind die Förderkosten – u. a. wegen der Tiefe der Kohleflöze und der hohen Arbeitskosten - so hoch wie in Deutschland. Die Zeche zahlt der Steuerzahler. Allein 2004 flossen aus dem Bundeshaushalt mehr als zwei Milliarden € an staatlichen Subventionen in den Steinkohlebergbau. Auch der Braunkohleabbau erhält indirekte Subventionen von jährlich fast einer Milliarde €

Kurzfristig wird die Kohle im deutschen Energiemix schwer zu ersetzen sein, langfristig gibt es aber Alternativen. Deshalb ist es so wichtig, jetzt die richtigen Investitionsentscheidungen zu treffen.

Eine Renaissance der Atomkraft wäre ebenfalls eine Sackgasse. Die Risiken der Atomkraft sind ungemindert groß - jeder Störfall bedeutet eine Gefährdung für Mensch und Umwelt. Die Anschlagsgefahr auf Anlagen und Transporte vergrößert die Gefahren der Atomkraft. Auch nach 50 Jahren ist die Frage einer sicheren atomaren Entsorgung in keinem Land der Erde gelöst. Hinzu kommt, dass auch der Rohstoff Uran schon in wenigen Jahrzehnten zur Neige geht. Eine Ausweitung der Atomenergie wäre daher nur auf Basis so genannter Schneller-Brüter-Reaktoren möglich. Diese sind aber bis heute nicht betriebstauglich und produzieren hochgiftiges und waffenfähiges Plutonium. Eine Laufzeitverlängerung für AKW in Deutschland lehnen wir kategorisch ab. Die Risiken der AKW nehmen mit dem Alter der Anlagen zu. Der Atommüll auch.

Von einer Aufbruchstimmung in der Atomwirtschaft kann keine Rede sein. Der Bau neuer Atomkraftwerke ist die Ausnahme und nicht die Regel. Der weltweite Zuwachs von AKW fällt weit hinter den der Erneuerbaren Energien und der anderen Energieträger zurück. Die Zuwachsraten reichen nicht einmal aus, um die kommenden altersbedingten Schließungen von AKW zu kompensieren.

Wir halten am Konsens über den geregelten Ausstieg uneingeschränkt fest. Der Atomausstieg ist ein Modell für andere Länder: Mit der Überführung des deutsch-brasilianischen Atomabkommens in ein zukunftsweisendes Abkommen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien geht Rot-Grün den Weg des geregelten Ausstiegs konsequent weiter.

III. Mit Effizienz ins postfossile Zeitalter

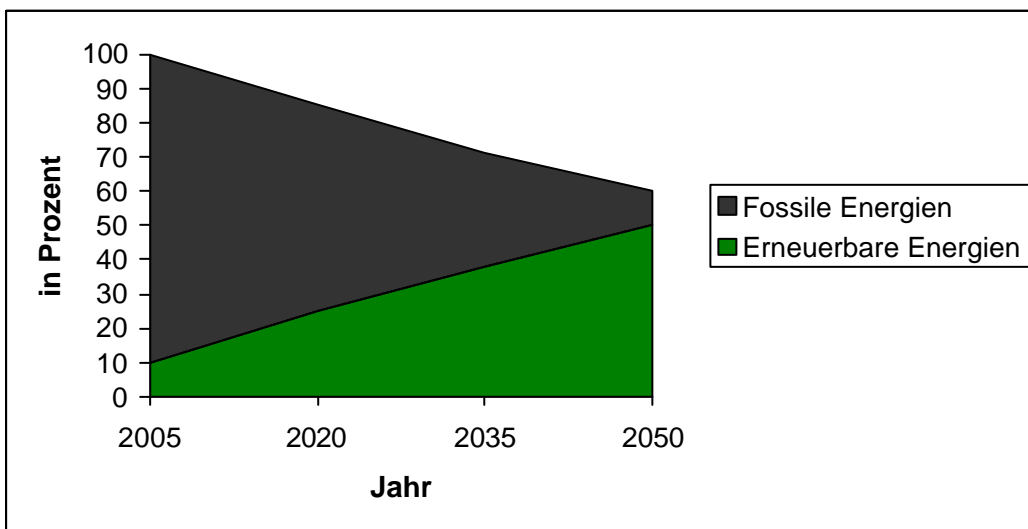
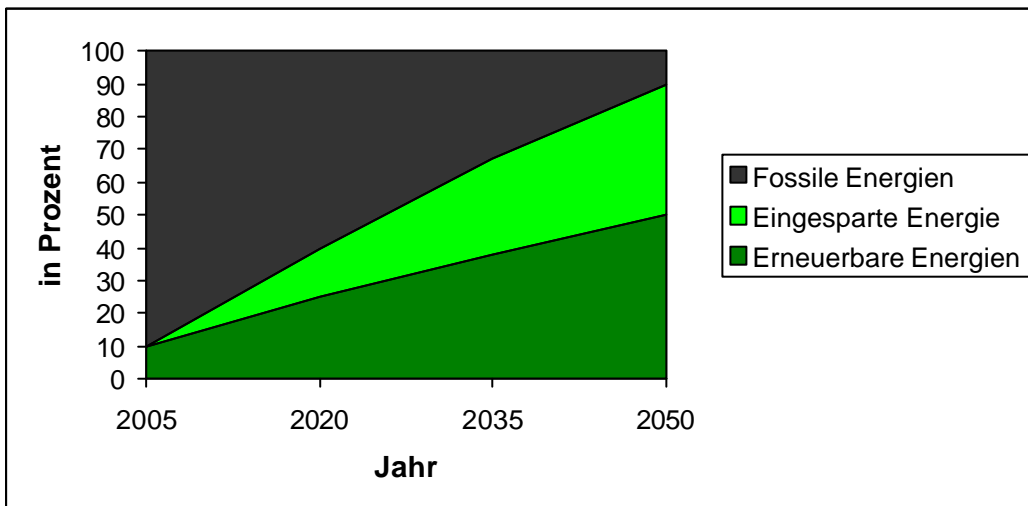
Zwei Wege führen ins postfossile Zeitalter:

- Die effizientere Nutzung aller Ressourcen, das heißt erheblich verbesserte Materialeffizienz und Energieeffizienz und
- der Umstieg auf erneuerbare Ressourcen.

Unser Ziel bis 2020 heißt „4 x 25“: 25 Prozent der stofflichen Nutzung auf Basis nachwachsender Rohstoffe, 25 Prozent der Stromversorgung und 25 Prozent der Wärmenutzung auf Basis Erneuerbarer Energien mit einem hohen Beitrag der nachwachsenden Rohstoffe sowie 25 Prozent der Kraftstoffe auf Basis alternativer Kraftstoffe mit einem hohen Beitrag der Biokraftstoffe. Dafür müssen neue Technologien wie die Brennstoffzelle, die Geothermie oder die Bioraffinerie verstärkt erforscht, weiterentwickelt und eingeführt werden.

Wir wissen, dass diese 25%-Ziele sehr ambitioniert sind. Ob wir sie erreichen können, hängt zuerst an der Frage der Energieeinsparung und der Steigerung der Effizienz, die wir erreichen können.

Unser Langfristziel orientiert sich an dem von der Enquete-Kommission „REG/REN Offensive“ beschriebenen Szenario (in der Abbildung schematisch vereinfacht dargestellt) und führt langfristig zum vollständigen Ersatz von Erdöl und anderen fossilen Energieträgern.



Maßnahmen zur Materialeffizienz und für die industrielle stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe

Durch moderne Managementmethoden und Technologien lassen sich die betrieblichen Materialkosten, die häufig zwei Drittel der Gesamtkosten ausmachen, in wenigen Jahren rentabel um bis zu 20 Prozent senken.

Während die Energiekosten in der gewerblichen Wirtschaft in der Regel 2 Prozent der Kosten ausmachen, liegen die Materialkosten bei durchschnittlich 50 Prozent. Der Aufwand zur Einsparung von Materialkosten rentiert sich daher meist in innerhalb von einem Jahr, während es bei den Energiekosten in der Regel sechs Jahre sind.

Ein interessantes Beispiel für mögliche Innovationen hat die vom Bundeswirtschaftsministerium mit dem erstmalig im Dezember 2004 vergebenen Deutschen Materialeffizienzpreis ausgezeichnete Artmann Consult Geomatik vorgelegt:

Bisher wurden Teile zur Neuverkleidung einer Fassade per Hand vom Gerüst aus vermessen und zugeschnitten. Durch ein neues Verfahren wird die Fassade dreidimensional digital erfasst, der Zuschnitt erfolgt computergesteuert. Der Verschnitt – und damit der Materialeinsatz - geht deutlich zurück. Bau- und Gerüstzeiten verkürzen sich drastisch.

Der Einsatz nachwachsender Rohstoffe ermöglicht zusätzliche Kostensenkungen, z.B. durch Biokunststoffe. Durch konsequente Innovationen zur Steigerung der Materialeffizienz und eine zunehmend vom Erdöl unabhängige Produktion kann die deutsche Wirtschaft gegenüber den Volkswirtschaften mit geringeren Lohnkosten deutlich wettbewerbsfähiger werden.

Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe soll zum Motor einer nachhaltigen Wirtschafts- und Innovationspolitik werden. Dafür wollen wir die Rahmenbedingungen unter anderem durch folgende Maßnahmen verbessern:

- Förderprogramme zur Steigerung der Materialeffizienz
- Abbau bestehender gesetzlicher Hemmnisse, Erleichterung von Zulassungen (z.B. im Bau- und Abfallrecht)
- Formulierung gemeinsamer europäischer Ziele und eines gemeinsamen Handlungsrahmens
- Forschungsförderung und Programme zur Markteinführung für Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen
- Abbau steuerlicher Privilegien für fossile Rohstoffe
- Entwicklung von Förderinstrumenten ähnlich dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG)

Maßnahmen im Bereich der Strom- und Wärmeversorgung

Die Zielsetzung, 25 Prozent der Strom- und Wärmeversorgung bis zum Jahre 2020 auf nachwachsende Rohstoffe und andere Erneuerbare Energien umzustellen, ist ambitioniert. Entscheidend wird dabei sein, den Verbrauch an Ressourcen insgesamt zu reduzieren. Die Mittel zur energetischen Gebäudesanierung sollen deshalb erheblich aufgestockt werden. Ziel ist hier die energetische Sanierung des gesamten Altbaubestands in den nächsten 40 Jahren. Das schafft viele neue Arbeitsplätze.

Wir benötigen im Energiebereich neben dem erfolgreichen EEG und den vielen Einzelmaßnahmen im Bereich Energieeinsparung ein koordiniertes Maßnahmenpaket für die Abkehr vom Erdölzeitalter:

- Gesetzliche Förderung regenerativer Wärmeerzeugung
- Intensivierung der energetischen Gebäudesanierung im Wohnungsbestand und bei öffentlichen Gebäuden
- Einführung eines bundeseinheitlichen, verbraucherfreundlichen und bedarfsbasierten Energiepasses für den Gebäudebestand
- Einführung eines Klimaschutzfonds zur Steigerung der Energieeffizienz
- Verstärkte Forschung für Erneuerbare Energien und umweltgerechte Energiespartechnologien

Maßnahmen im Verkehrsbereich

Bisher beruht die Mobilität zu Wasser, zu Lande und in der Luft nahezu ausschließlich auf Mineralöl. In den kommenden Jahren muss das Zeitalter der postfossilen Mobilität vorbereitet werden. Die zunehmende Verlagerung von PKW- und LKW-Verkehr auf umweltverträgliche Verkehrsträger, insbesondere auf die Schiene, ist dabei das vorrangige Ziel grüner Verkehrspolitik. Gleichzeitig ist klar, dass bei allen Bemühungen zur Verlagerung von Transporten auf umweltfreundliche Verkehrsmittel auch in Zukunft ein erheblicher Anteil des Verkehrs mit Auto und Lkw erbracht werden wird.

Wir wollen den Energieverbrauch des Straßenverkehrs bis 2020 gegenüber heute um 40 Prozent senken und gleichzeitig den Anteil der alternativen Kraftstoffe auf mindestens 25 Prozent erhöhen, mit einem hohen Beitrag der Biokraftstoffe.

Folgende Maßnahmen schlagen wir vor:

- Mehr Energieeffizienz – Senkung des Durchschnittsverbrauchs bei PKW auf 3l/100 km
- Förderung der Erforschung und Entwicklung neuer Antriebstechnologien (Hybridantriebe aus Elektro- und Verbrennungsmotoren usw.), alternativer Kraftstoffe sowie deren Markteinführung
- Mehr Chancengleichheit im Verkehr – Halbierung der Mehrwertsteuer für die Bahn, Abschaffung von Subventionen für Flugbenzin
- Ökologische Reform der Kfz-Steuer (CO₂ als Bemessungsgrundlage) – Förderung von Rußpartikelfiltern
- Unterstützung vernetzter Verkehrs- und Logistikangebote im Personen- und Gütertransport
- Förderung von Biokraftstoffen durch verlängerte Steuererleichterung und entsprechende Beimischungsquoten

Maßnahmen im Bereich der Außenpolitik und internationalen Handelspolitik

Globale Probleme müssen auch global angegangen werden. Daher muss auch die Strategie „Weg vom Öl“ in der internationalen Politik verankert werden. Angesichts des großen Bedarfs in der EU wird sich der internationale Markt für nachwachsende Rohstoffe weiter entwickeln, insbesondere für Biokraftstoffe, darunter mittelfristig für Bioethanol. Im Rahmen der aktuellen WTO-Verhandlungen ist ein verbesserter Marktzugang auch für nachwachsende Rohstoffe vorgezeichnet. Hier bedarf es insbesondere für den Import von Biokraftstoffen aus Drittländern der Abwägung handels-, energie-, umwelt-, steuer-, agrar- und regionalpolitischer Aspekte. Auch Entwicklungsländer werden davon profitieren können.

- Fortentwicklung der internationalen und nationalen Klimaschutzpolitik: Kyoto-Mechanismen nutzen – Klimaschutzziele fortschreiben, Klimaschutzprojekte weltweit unterstützen – Vorlage eines ambitionierten nationalen Klimaschutzprogramms
- Orientierung der Handelspolitik am Ziel eines fairen und nachhaltigen Marktzuganges auch für nachwachsende Rohstoffe – Stärkung der Umweltorganisationen bei den UN und im Verhältnis zur WTO
- Stärkung der Menschenrechte – Einführung von Verhaltenskodizes für Unternehmen auch in der Rohstoffwirtschaft
- mehr Transparenz in der Rohstoffwirtschaft - Unterstützung der „Extractive Industry Initiative“ und Förderung von Pilotprojekten
- Unterstützung der Erneuerbaren Energien in den Entwicklungsländern anknüpfend an die erfolgreiche Bonner Konferenz Renewables 2004
- Einrichtung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA)
- Aufbau zukunftsfähiger strategischer Energiepartnerschaften - Kohärenz zwischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik mit den energiepolitischen Weichenstellungen in Deutschland herstellen – Abbau der Unterstützung atomarer oder fossiler Energien (z.B. durch Euratom oder Weltbankprogramme).

IV. Fazit

Wir wissen, es wird ein weiter und steiniger Weg, bis die hier beschriebenen Ziele erreicht sind. Wir wissen, es gibt starke Interessen und große Abhängigkeiten, die es zu überwinden gilt. Und wir wissen, dieser Weg ist nicht zum Nulltarif zu haben. Es wird erheblicher Mittel bedürfen – öffentlicher und privatwirtschaftlicher Investitionen – um die Effizienz- und Umstiegsziele zu erreichen. Aber diese Strategie bietet auch eine große ökonomische Chance.

Wir haben im Rahmen unserer ökologischen Finanzreform eine Reihe von Einsparungen und Subventionskürzungen vor, wie den Abbau von Sonderregelungen bei der Ökosteuer, den Abbau der Pendlerpauschale sowie der Subvention des Luftverkehrs. Wir wollen auch an der Perspektive der weiteren Senkung der Steinkohlesubventionen festhalten. Die Investitionen zur Einführung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe helfen, Folgeschäden, soziale und wirtschaftliche Verwerfungen zu verhindern. Das ist mittelfristig auch ein Beitrag zur Haushaltssanierung.

Wir wissen auch, dass es nicht ohne Zwischenlösungen (wie Energiemix) und auch Umwege (wie die Nutzung des fossilen Brennstoffs Gas) gehen wird.

Aber dieser Prozess lohnt sich, denn er birgt unzählige Chancen: Für die Entwicklung neuer Technologien. Für gesellschaftliche und ökonomische Innovationen. Für neue Arbeitsplätze. Für die Wertschöpfung in der Landwirtschaft und in den Regionen.

Und: Es gibt keine sinnvolle Alternative. Konflikte um Rohstoffe sind eine zentrale zukünftige Bedrohung für den Weltfrieden. Wer heute nicht umsteuert, handelt unverantwortlich für unsere gemeinsame Welt von morgen. Wer Frieden, Auskommen und Wohlstand für die kommenden Generationen will, muss sparsam und effizient mit den vorhandenen Ressourcen umgehen und letztlich von der Nutzung der endlichen auf die Nutzung der erneuerbaren Ressourcen umstellen.